

PLÄDOYER ZUR STRAFZUMESSUNG

Landgericht Frankfurt am Main — 5. Große Strafkammer

Aktenzeichen: 5-22 KLs 188/26

7. Hauptverhandlungstag, 21. April 2026

Verteidigerin: Prof. Dr. Henrike Wittfeldt-Steinheim

I. Vorbemerkung

Sehr geehrte Vorsitzende Richterin Dr. Brendel, sehr geehrte Damen und Herren der Kammer — mein Mandant Konrad Bankert hat mit seinem vollständigen Geständnis vom ersten Tag an Verantwortung übernommen. Er hat am 22. Oktober 2024, noch bevor die Staatsanwaltschaft Frankfurt ihr Ermittlungsverfahren eröffnet hatte, den Sachverhalt vollständig offengelegt und Selbstanzeige erstattet. Er hat buchstäblich alles veräußert, was er besaß, um den Schaden wiedergutzumachen: 4,2 Millionen Euro, die aus dem Verkauf des Eigenheims, der Lebensversicherungen, des Wertpapierdepots und der Ersparnisse stammen. Seine Ehefrau Sandra, die mit einem schwer kranken Herzen auf eine Transplantation wartet, hat auf ihren Anteil am Hauserlös verzichtet. Diese Familie hat für die Wiedergutmachung alles geopfert.

II. Strafraumen und Strafraumenverschiebung

Der anwendbare Strafraumen ergibt sich aus § 266 Abs. 2 StGB: 1 Jahr bis 10 Jahre Freiheitsstrafe. Die Verteidigung beantragt ausdrücklich die Strafraumenverschiebung nach § 46a Nr. 1 StGB i.V.m. § 49 Abs. 1 StGB. Die Voraussetzungen sind erfüllt: Die Zahlung von 4,2 Millionen Euro stellt eine erhebliche Wiedergutmachung dar, die vor der Hauptverhandlung erbracht wurde und vom Verletzten schriftlich als Genugtuung bestätigt wurde. Mit dieser Verschiebung sinkt die Mindeststrafe auf 3 Monate; der Spielraum öffnet sich nach unten.

III. Strafzumessungsabwägung nach § 46 Abs. 2 StGB

Belastend wirken: die Schadenshöhe von 9 Mio. EUR, die Tatdauer von vier Jahren (110 Überweisungen), die Verdeckungshandlungen durch gefälschte Buchungsbelege und der Missbrauch eines über 16 Jahre aufgebauten Vertrauensverhältnisses.

Mildernd wirken: das frühzeitige Geständnis noch vor Ermittlungsbeginn (nach BGHSt 45, 321 der gewichtigste Milderungsgrund), die Schadenswiedergutmachung von 4,2 Mio. EUR nach § 46a StGB, die vollständige Vorstrafenfreiheit über 54 Jahre (BGH NJW 2020, 2573), das Fehlen eines eigennützigen Konsuminteresses, das pflichtgetriebene Motiv (kein habgieriges) und die außergewöhnlichen persönlichen Folgen.

IV. Strafzumessungsvorschlag der Verteidigung

Die Verteidigung beantragt eine Freiheitsstrafe von 2 Jahren und 6 Monaten mit Strafaussetzung zur Bewährung gemäß § 56 Abs. 2 StGB. Diese Strafe liegt innerhalb des schuldangemessenen Spielraums nach BGHSt 7, 28. Sie berücksichtigt das hohe Unrecht, würdigt aber auch die erheblichen Milderungsgründe.

V. Bewährungsantrag (§ 56 Abs. 2 StGB)

Besondere Umstände im Sinne des § 56 Abs. 2 StGB: erstens die qualifizierte Schadenswiedergutmachung nach § 46a StGB (BGH NJW 2015, 84); zweitens die lebensbedrohliche Herzerkrankung der Ehefrau Sandra Bankert, die auf der Transplantationswarteliste des UKF steht (außergewöhnliche Härte, BGH NStZ-RR 2016, 204); drittens die vollständige Vorstrafenfreiheit. Die psychiatrische Sachverständige Dr. Haesler bestätigt eine günstige Sozialprognose. § 56 Abs. 3 StGB greift nicht: bei erheblicher Wiedergutmachung verletzt eine Bewährungsstrafe das allgemeine Rechtsempfinden nicht (BGH NStZ 2021, 375).

Quellen: § 46 StGB: dejure.org/gesetze/StGB/46.html | § 46a StGB: dejure.org/gesetze/StGB/46a.html | § 56 StGB: dejure.org/gesetze/StGB/56.html | BGH: bundesgerichtshof.de